

# Inhaltsübersicht

## **Band I: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Allgemeiner Teil)**

- A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts**
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht**
  - Erster Abschnitt Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung
  - Zweiter Abschnitt Wirtschaftssteuerung durch Staats- und Rechtsprinzipien
  - Dritter Abschnitt Verfassungszuständigkeiten und -funktionen
  - Vierter Abschnitt Das Recht der Binnen- und Außenwirtschaft
  - Fünfter Abschnitt Nationaler Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit
  - Sechster Abschnitt Grund und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung**
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln**
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle**
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung**

## **Band II: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Besonderer Teil)**

- G. Gewerberechtliche Grundlagen**
- H. Spezielles Branchenrecht**
- I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 20. Auflage .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVI
<b>A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>§ 1 Öffentliches Wirtschaftsrecht in Studium, Wissenschaft und Praxis. . . . .</b>	<b>1</b>
I. Zur Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts für Studium und Prüfung . . . . .	1
1. Öffentliches Wirtschaftsrecht für Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler . . . . .	1
2. Zur akademischen Aufwertung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts im Jura-Studium . . . . .	1
II. Zur Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts für Wissenschaft und Praxis . . . . .	3
III. Literaturhinweise . . . . .	3
<b>§ 2 Methodische Erschließung und Abgrenzung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .</b>	<b>4</b>
I. Das Öffentliche Wirtschaftsrecht im System der Gesamtrechtsordnung . . . . .	4
1. Notwendigkeit und Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	4
2. Rechtsvergleichende Perspektive . . . . .	5
3. Konturenlosigkeit . . . . .	6
4. Konzepte und Prinzipien . . . . .	7
5. Eigen-, Mit- und Staatsverantwortung . . . . .	8
a) Die Rolle des Staates und der Staatengemeinschaft . . . . .	8
b) Öffentliches Wirtschaftsrecht zwischen Hierarchie, Kooperation und Subsidiarität . . . . .	8
c) Unternehmer und Verbraucher als Wirtschaftssubjekte . . . . .	9
6. Entwicklung und Perspektiven . . . . .	11
a) Vergangenheitsbezug . . . . .	11
b) Perspektiven hinsichtlich neuer Geschäftsmodelle und veränderter Märkte . . . . .	11
c) Perspektiven hinsichtlich geopolitischer Herausforderungen . . . . .	12
d) Zukunftsorientierung hinsichtlich der Digitalisierung der Verwaltung . . . . .	12
7. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaft . . . . .	13
8. Wirtschaftsprivat-, Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	14
9. Öffentliches Wettbewerbsrecht . . . . .	15
II. Ökologisierung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	16
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsverfassungsrecht . . . . .	17
1. Wirtschaftsverfassung im engeren und weiteren Sinne . . . . .	17
2. Öffentliches Wirtschaftsrecht als Wirtschaftsverfassungsrecht im engeren und weiteren Sinne . . . . .	18

IV.	Normenhierarchie im Öffentlichen Wirtschaftsrecht . . . . .	18
1.	Nationale Ebene . . . . .	19
2.	Internationale Ebene . . . . .	19
a)	Unionsrecht . . . . .	19
b)	Internationales Wirtschaftsrecht . . . . .	20
c)	Unions- und völkerrechtskonforme Auslegung . . . . .	21
V.	Kodifikationsstand, Systematik und Auslegung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	22
1.	Kodifizierung und Systematisierung . . . . .	22
2.	Interpretation . . . . .	22
VI.	Gliederung und gesamtrechtliche Vorgabe . . . . .	24
1.	Materielles Recht und Verfahrensrecht . . . . .	24
2.	Vorgaben für das Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsprivatrecht . . . . .	25
VII.	Ausstrahlung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	25
1.	Öffentliches Wirtschaftsrecht im engeren und im weiteren Sinne . . . . .	25
2.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Polizeirecht . . . . .	26
VIII.	Internationales und ausländisches Öffentliches Wirtschaftsrecht. . . . .	28
1.	Zur Internationalisierung und Globalisierung der arbeitsteiligen Wirtschaft . . . . .	28
2.	Zur begrenzten Regelungsrolle nationaler Wirtschaftsregeln . . . . .	29
3.	Begriff und Bedeutung des Internationalen Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	30
4.	Rechtsquellen und Bindungswirkung des Internationalen Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	31
5.	Europäisches Öffentliches Wirtschaftsrecht. . . . .	32
6.	Ausländisches Öffentliches Wirtschaftsrecht . . . . .	32
<b>§ 3</b>	<b>Intra- und interdisziplinäre Ansätze des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .</b>	<b>33</b>
I.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftswissenschaften . . . . .	33
II.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Rechtspolitik . . . . .	35
III.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Ordnungspolitik . . . . .	35
IV.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Verwaltungspolitik . . . . .	38
<b>§ 4</b>	<b>Wirtschaftssysteme als Vorentscheidung staatlicher Wirtschaftsverfassungen . . . . .</b>	<b>38</b>
I.	Wirtschaftssysteme als wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundproblem . . . . .	38
II.	Verkehrswirtschaft/Marktwirtschaft . . . . .	38
1.	Das Konzept der Verkehrswirtschaft . . . . .	38
2.	Schwächen der Verkehrswirtschaft . . . . .	40
III.	Zentralverwaltungswirtschaft/Planwirtschaft . . . . .	40
1.	Das Konzept der Zentralverwaltungswirtschaft . . . . .	40
2.	Schwächen der Zentralverwaltungswirtschaft . . . . .	40
IV.	Wirtschaftssysteme zwischen Markt und Plan . . . . .	41
1.	Mixed Economy als realtypische Erscheinungsform. . . . .	41
2.	Soziale Marktwirtschaft . . . . .	41
a)	Individuelle Komponente . . . . .	41
b)	Soziale Komponente . . . . .	41

3.	Ökologisch-soziale Marktwirtschaft . . . . .	42
a)	Die ökologische Komponente . . . . .	42
b)	Zur Internalisierung externer Effekte . . . . .	43
c)	Marktwirtschaftliche Umweltprinzipien als Bestandteil des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	43
4.	Globalgesteuerte Marktwirtschaft . . . . .	44
<b>B.</b>	<b>Wirtschaftsverfassungsrecht . . . . .</b>	<b>45</b>
<b>Erster Abschnitt: Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung . . . . .</b>		<b>45</b>
<b>§ 5</b>	<b>Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes, der Unionsverträge und des Weltwirtschaftsrechts . . . . .</b>	<b>45</b>
I.	Die Wirtschaftsverfassung Deutschlands . . . . .	45
1.	Deutsche Wirtschaftsverfassung und Globalisierung der Wirtschaft . . . . .	45
2.	Der Streit um die Wirtschaftsverfassung . . . . .	45
3.	Zur Offenheit der deutschen Wirtschaftsverfassung . . . . .	46
a)	Verfassungsrechtlicher Befund . . . . .	46
b)	Verfassungsrechtliche Diskussion . . . . .	46
c)	Verfassungssystematische Interpretation . . . . .	47
d)	Verfassungshistorische Dimension und Grundgesetznovellierung . . . . .	47
4.	Staatliche Gestaltungsfreiheit und Verantwortung für die Wirtschaft . . . . .	48
II.	Die Wirtschaftsverfassung des Binnenmarktes . . . . .	48
1.	Grundgesetzliche und unionsrechtliche Wirtschaftsverfassung . . . . .	49
2.	Strukturen der EU-Wirtschaftsverfassung . . . . .	49
3.	Grundsatz der offenen Marktwirtschaft . . . . .	50
III.	Die Wirtschaftsverfassung der Weltwirtschaft . . . . .	50
<b>Zweiter Abschnitt: Wirtschaftssteuerung durch Staats- und Rechtsprinzipien . . . . .</b>	<b>51</b>	
<b>§ 6</b>	<b>Sozialstaatsprinzip . . . . .</b>	<b>52</b>
I.	Wirtschaftliche Elemente des Sozialstaates . . . . .	52
1.	Die Verfassungsentscheidung für den Sozialstaat . . . . .	52
2.	Wirtschaftsrelevante Sozialaussagen und ihre Grenzen . . . . .	52
II.	Bedeutung und Adressaten . . . . .	53
1.	Der Sozialstaat als Staatsaufgabe und Gestaltungsauftrag . . . . .	53
2.	Adressaten und subjektive Rechte . . . . .	54
III.	Sozialprinzip in der EU . . . . .	54
IV.	Sozialprinzip und Weltwirtschaftsrecht . . . . .	54
<b>§ 7</b>	<b>Rechtsstaatsprinzip . . . . .</b>	<b>55</b>
I.	Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	55
1.	Wirtschaftsrelevante Bedeutungen des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	55
2.	Einzelausprägungen . . . . .	55
a)	Gesetzesbindung . . . . .	55
b)	Gesetzesvorrang . . . . .	55
c)	Gesetzesvorbehalt . . . . .	56

II.	Messbarkeit und Vorhersehbarkeit des Wirtschaftsverwaltungshandelns . . . . .	60
1.	Rechtssicherheit als ökonomische Rahmenbedingung . . . . .	60
2.	Ökonomischer Vertrauensschutz für die Zukunft? . . . . .	60
3.	Ökonomischer Vertrauensschutz für die Vergangenheit . . . . .	61
a)	Echte und unechte Rückwirkung . . . . .	61
b)	Zulässigkeit der Rückwirkung und Vertrauensschutz . . . . .	61
III.	Die Bestimmtheit wirtschaftsrechtlicher Gesetze und Ausführungsakte . . . . .	63
1.	Zur Bedeutung des Bestimmtheitsgrundsatzes . . . . .	63
2.	Bestimmtheit im Wirtschaftssanktionsrecht . . . . .	63
3.	Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Vorschriften . . . . .	63
4.	Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Ausführungsakte . . . . .	64
IV.	Zur Verhältnismäßigkeit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen . . . . .	65
1.	Verhältnismäßigkeit als Generalschranke jeder staatlichen Aktivität . . . . .	65
2.	Prüfungsschritte . . . . .	65
a)	Eignung . . . . .	66
b)	Erforderlichkeit . . . . .	66
c)	Angemessenheit . . . . .	66
V.	Rechtsschutz gegen wirtschaftsverwaltungsrechtliche Maßnahmen . . . . .	67
VI.	Rechtsstaatsprinzip und EU . . . . .	68
VII.	Rechtsstaatsprinzip und Weltwirtschaftsrecht . . . . .	69
<b>§ 8</b>	<b>Wirtschaftsrelevante Prinzipien der Aufgabenverteilung . . . . .</b>	<b>69</b>
I.	Verteilung der wirtschaftsrelevanten Kompetenzen . . . . .	69
1.	Unionsebene . . . . .	69
2.	Bundesebene . . . . .	70
a)	Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	71
b)	Verteilung der Verwaltungskompetenzen . . . . .	72
c)	Kooperativer Wirtschaftsföderalismus . . . . .	73
d)	Internationale Vereinbarungen . . . . .	74
3.	Kommunale Ebene . . . . .	75
a)	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Bedeutung von Gemeinden . . . . .	75
b)	Dekonzentrierte und dezentrale Aufgabenerledigung . . . . .	76
II.	Wirtschaftsverwaltung als Selbstverwaltungsaufgabe . . . . .	76
1.	Selbstverwaltung durch Kammern . . . . .	76
2.	Selbstverwaltung durch Verbände . . . . .	78
III.	Der Subsidiaritätsgedanke als politische Klugheitsregel . . . . .	78
<b>§ 9</b>	<b>Makroökonomische Prinzipien mit Wirtschaftsrelevanz . . . . .</b>	<b>78</b>
I.	Unionsebene . . . . .	79
1.	Etablierung einer gemeinsamen Währungspolitik . . . . .	79
2.	Koordinierung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitiken . . . . .	80
a)	Grundlagen . . . . .	80
b)	Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht . . . . .	81

c) Haushaltsüberwachung .....	81
II. Verfassungsebene .....	82
III. Wirtschaftlichkeitsprinzip als rechtsebenenübergreifende Direktive .....	83
<b>§ 10 Umweltstaatsprinzip .....</b>	<b>84</b>
I. Umweltschutz im Grundgesetz und im Landesverfassungsrecht ..	84
II. Umweltschutz und EU .....	86
III. Umweltschutz und Weltwirtschaftsrecht .....	86
<b>Dritter Abschnitt: Verfassungszuständigkeiten und -funktionen .....</b>	<b>87</b>
<b>§ 11 Wirtschaftsrelevante Regierungs-, Rats- und Verwaltungszuständigkeiten .....</b>	<b>87</b>
I. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Mitglieder der Bundesregierung .....	87
1. Die Bundesregierung als Träger der Wirtschaftspolitik .....	87
2. Rechtsetzungs- und Aufsichtszuständigkeiten der Bundesregierung .....	89
3. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung .....	89
II. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Landesregierungen .....	90
III. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Räte der Union .....	91
IV. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Verwaltung .....	91
1. Verwaltungszuständigkeiten bundesdeutscher Behörden .....	91
a) Vollzug nationalen Rechts .....	91
b) Indirekter Vollzug von Unionsrecht .....	92
2. Unionseigene Verwaltung .....	94
<b>§ 12 Bundesbank und Europäische Zentralbank .....</b>	<b>94</b>
I. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Stellung der Bundesbank .....	94
1. Aufgaben .....	94
2. Organisationsstruktur .....	95
3. Art. 88 GG als Rechtsgrundlage zur Übertragung von Hoheitsrechten .....	95
II. Die Europäische Zentralbank als Hüterin der Unionswährung .....	95
1. Aufgaben und Befugnisse .....	95
2. Rechtsstellung .....	96
III. Internationaler Währungsfonds .....	97
<b>§ 13 Wirtschaftsrelevante Rechtsetzungs- und Rechtsprechungszuständigkeiten .....</b>	<b>97</b>
I. Rechtsetzungszuständigkeiten .....	97
1. Unionsebene .....	97
2. Bundesebene .....	98
a) Ausschließliche wirtschaftsrelevante Gesetzgebungszuständigkeiten .....	98
b) Konkurrierende wirtschaftsrelevante Gesetzgebungszuständigkeiten .....	98
c) Wirtschaftsrelevanz ungeschriebener Kompetenzen .....	102
d) Vorschriften über Geldleistungspflichten .....	102
3. Landesebene .....	105
a) Die Auswirkungen der Föderalismusreform von 2006 ..	105

b)	Das Hausgut der Länder . . . . .	107
c)	Übergreifende Grundsätze . . . . .	108
4.	Welthandelsrechtliche Ebene . . . . .	108
5.	Vollzugsebene . . . . .	109
a)	Rechtsverordnungen . . . . .	109
b)	Satzungen . . . . .	109
c)	Verwaltungsvorschriften . . . . .	110
6.	Gesetzgebung und Gesetznehmung . . . . .	111
II.	Rechtsprechungszuständigkeiten . . . . .	112
<b>Vierter Abschnitt: Das Recht der Binnen- und Außenwirtschaft . . . . .</b>		113
<b>§ 14 Räumliche Reichweite und Einflussbereiche der Rechtsebenen . . . . .</b>		114
I.	Binnenwirtschaft . . . . .	114
1.	Natürliches Wirtschaftsgebiet . . . . .	114
a)	Staatsgebiet . . . . .	114
b)	Wirtschaftsgebiet . . . . .	114
c)	Staatsfreies Gebiet . . . . .	115
d)	Schiffe . . . . .	115
e)	Luftfahrzeuge . . . . .	116
f)	Weltraum . . . . .	117
g)	Virtueller Raum . . . . .	118
2.	Wirtschaftsgebiet kraft Vereinbarung oder Gesetz . . . . .	118
II.	Außenwirtschaft . . . . .	118
1.	Die Formen internationaler Integration und ihre verfassungsrechtliche Basis . . . . .	118
2.	Integration auf europäischer Ebene . . . . .	119
a)	Der EU-Binnenmarkt . . . . .	119
b)	Der Europäische Wirtschaftsraum . . . . .	123
c)	Die Einbindung der Schweiz . . . . .	123
d)	Weitere Abkommen . . . . .	124
e)	Die (künftige) Rolle Großbritanniens . . . . .	124
f)	Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten . . . . .	124
3.	Integration auf internationaler Ebene . . . . .	125
a)	Kooperationen mit Beteiligung Deutschlands bzw. der EU . . . . .	125
b)	Kooperationen ohne Beteiligung Deutschlands bzw. der EU . . . . .	128
<b>§ 15 Binnenmarktrecht . . . . .</b>		128
I.	Allgemeine Lehren . . . . .	129
1.	Die Binnenmarktverwirklichung als Richtgröße . . . . .	129
a)	Voraussetzungen . . . . .	129
b)	Gefährdungslagen . . . . .	131
c)	Ausnahmen . . . . .	132
2.	Positive Integration durch Sekundärrechtsetzung . . . . .	133
a)	Kompetenzielle Vorgaben . . . . .	133
b)	Die Rolle der Unionsgrundrechte . . . . .	135
c)	Die Rolle der sog. Querschnittsklauseln . . . . .	137
3.	Negative Integration durch Grundfreiheiten . . . . .	137

a)	Schutzbereich . . . . .	137
b)	Beeinträchtigung . . . . .	138
c)	Rechtfertigung . . . . .	139
4.	Verhältnis von positiver und negativer Integration . . . . .	143
II.	<b>Besondere Ausprägungen . . . . .</b>	144
1.	Freier Warenverkehr . . . . .	145
a)	Warenbegriff als Ausgangspunkt . . . . .	145
b)	Beseitigung tarifärer Handelshemmnisse . . . . .	145
c)	Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse . . . . .	146
d)	Sekundärrechtliche Ausformung im Produktsicherheitsrecht . . . . .	149
2.	Unternehmensbezogene Grundfreiheiten . . . . .	151
a)	Niederlassungsfreiheit . . . . .	151
b)	Dienstleistungsfreiheit . . . . .	154
c)	Sekundärrechtliche Ausformung in ausgewählten Rahmenrichtlinien . . . . .	156
3.	Arbeitnehmerfreiheit . . . . .	160
4.	Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	162
5.	Zahlungsverkehrsfreiheit . . . . .	163
<b>§ 16 Welthandelsrecht . . . . .</b>		163
I.	Internationale Abkommen auf WTO-Ebene . . . . .	164
1.	Abkommen über den Warenhandel . . . . .	164
a)	Rechtsgrundsätze . . . . .	164
b)	Ausnahmen . . . . .	166
2.	Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen . . . . .	167
3.	Handelspolitische Schutzinstrumente . . . . .	168
a)	Antidumping-Übereinkommen . . . . .	168
b)	Übereinkommen über Schutzmaßnahmen . . . . .	169
4.	Das Streitschlichtungssystem der WTO . . . . .	169
a)	Beteiligte Organe . . . . .	170
b)	Verfahrensablauf . . . . .	170
c)	Umsetzungs- bzw. Durchsetzungsmechanismen . . . . .	171
5.	Entwicklungsperspektiven . . . . .	171
II.	Globales Rechtsregime für die Nutzung des Meeresgebietes . . . . .	173
III.	TTIP und CETA . . . . .	173
<b>Fünfter Abschnitt: Nationaler Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit . . . . .</b>		174
<b>§ 17 (Ökonomische) Bedeutung, Funktionen, Strukturen . . . . .</b>		174
I.	Ausdruck marktwirtschaftlich orientierter Rechtsordnungen . . . . .	175
II.	Die Funktionen der Grundrechte innerhalb des Wirtschaftsgeschehens . . . . .	176
1.	Grundrechte als Abwehrrechte . . . . .	176
2.	Grundrechte als Schutzpflichten . . . . .	177
3.	Grundrechte als Leistungsrechte . . . . .	178
4.	Grundrechte als Verfahrensrechte . . . . .	179
III.	Grundstrukturen der Grundrechtsprüfung . . . . .	179
1.	Schutzbereichsebene, insbesondere Art. 19 Abs. 3 GG . . . . .	179
a)	Juristische Person . . . . .	179

b)	Inlandsbezug . . . . .	180
c)	Wesensgemäße Anwendbarkeit . . . . .	180
d)	Grundrechtsberechtigung von Hoheitsträgern . . . . .	181
2.	Beeinträchtigungsebene . . . . .	183
a)	Hoheitliches Handeln . . . . .	183
b)	Hinreichende Eingriffsintensität . . . . .	187
3.	Rechtfertigungsebene . . . . .	187
a)	Grundrechtsbegrenzungen . . . . .	187
b)	Einschränkungen der Grundrechtsbeschränkungen . . . . .	188
c)	Verfassungskonforme Anschlussmaßnahme . . . . .	189
IV.	Zur Wirtschaftsrelevanz der einzelnen Grundrechte . . . . .	189
1.	Leben und körperliche Unversehrtheit . . . . .	189
2.	Die ökonomische Dimension der Menschenwürde . . . . .	190
3.	Grundrechtsschutz zugunsten der Unternehmer . . . . .	191
<b>§ 18 Berufsfreiheit</b>	192	
I.	Schutzbereich . . . . .	192
1.	Persönliche Dimension . . . . .	192
2.	Sachliche Dimension . . . . .	193
a)	Beruf als Bezugspunkt . . . . .	193
b)	Berufliche Entfaltung als geschütztes Verhalten . . . . .	195
c)	Kein Recht auf Arbeit . . . . .	195
II.	Beeinträchtigung . . . . .	196
1.	Klassische Beeinträchtigungsformen . . . . .	196
2.	Moderne Beeinträchtigungsformen . . . . .	196
III.	Rechtfertigung . . . . .	198
1.	Gesetzesvorbehalt . . . . .	198
2.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	199
a)	Drei-Stufen-Lehre als Grobfilter . . . . .	199
b)	Verhältnismäßigkeit im Übrigen . . . . .	202
IV.	Berufsfreiheit als Teilhaberecht . . . . .	203
<b>§ 19 Eigentumsfreiheit und Vergesellschaftung</b>	204	
I.	Schutzbereich des Eigentums . . . . .	204
1.	Persönlicher Schutzbereich . . . . .	204
2.	Sachlicher Schutzbereich . . . . .	205
a)	Schutz des beruflich Erworbenen . . . . .	205
b)	Schutz von Wirtschaftsflächen . . . . .	207
c)	Produkte und Produktionsfaktoren . . . . .	208
d)	Vermögenswerte Rechte . . . . .	208
e)	Der eingerichtete und ausgeübte Erwerbsbetrieb . . . . .	211
f)	Abgabenpflicht und Eigentumsschutz . . . . .	213
g)	Öffentlich-rechtliche Eigentumspositionen . . . . .	213
II.	Kreis der eigentumsrelevanten Maßnahmen . . . . .	215
III.	Rechtfertigung . . . . .	216
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmungen . . . . .	216
2.	Enteignungen . . . . .	218
3.	Vergesellschaftung . . . . .	218

<b>§ 20 Wirtschaftsinformations- und Wirtschaftskommunikationsfreiheit</b>	220
I. Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	220
1. Schutzbereich. . . . .	220
a) Meinungsäußerungsfreiheit im Geschäftsverkehr . . . . .	220
b) Informationsfreiheit im Geschäftsverkehr . . . . .	221
2. Rechtfertigung von Beeinträchtigungen. . . . .	222
II. Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	223
1. Pressefreiheit . . . . .	223
2. Rundfunkfreiheit . . . . .	224
<b>§ 21 Weitere spezielle Freiheitsgewährleistungen mit Wirtschaftsbezug</b>	226
I. Schutz der Geschäftsräume, Art. 13 GG . . . . .	226
1. Schutzbereich. . . . .	226
2. Eingriff . . . . .	227
3. Rechtfertigung . . . . .	228
II. Wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG). . . . .	228
1. Schutzbereichsbeeinträchtigung . . . . .	228
2. Rechtfertigung von Beeinträchtigungen. . . . .	229
<b>§ 22 Marktmäßige Entfaltungsfreiheit von Unternehmer und Verbraucher (Art. 2 Abs. 1 GG)</b> . . . . .	229
I. Schutzbereich . . . . .	229
1. Sachliche Dimension . . . . .	229
a) Art. 2 Abs. 1 GG zwischen Haupt- und Auffanggrundrecht . . . . .	229
b) Verbleibender Anwendungsbereich . . . . .	230
c) Insbesondere: Pflichtmitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Kammern? . . . . .	232
2. Persönliche Dimension . . . . .	236
a) Berufsfreiheit für ausländische Staatsangehörige . . . . .	236
b) Ausländerrechtliche Berufsbeschränkungen . . . . .	236
II. Eingriff. . . . .	238
III. Rechtfertigung. . . . .	238
<b>§ 23 Wirtschaftlicher Gleichbehandlungsgrundsatz</b> . . . . .	238
I. Erscheinungsformen. . . . .	239
II. Grundrechtsbindung und -träger . . . . .	240
III. Besondere Differenzierungsverbote. . . . .	241
1. Ungleichbehandlung von Mann und Frau, Art. 3 Abs. 2 GG	241
2. Diskriminierungsverbote aus Art. 3 Abs. 3 GG . . . . .	242
IV. Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	243
1. Grundstrukturen . . . . .	243
2. Besondere Bindungsdimensionen . . . . .	244
a) Gleichheitssatz und Gesetzgeber . . . . .	244
b) Gleichheitssatz und Verwaltung. . . . .	245
3. Gleichheitssatz als derivatives Teilhaberecht . . . . .	246
4. Inländergleichbehandlung als Folge des Binnenmarktrechts?	247

<b>Sechster Abschnitt: Grund und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit . . . . .</b>	<b>247</b>
<b>§ 24 Die öffentliche Hand als Wirtschaftsakteur . . . . .</b>	<b>247</b>
I. Die öffentliche Hand als Unternehmer . . . . .	248
1. Kategorisierungen . . . . .	248
2. Marktmäßige Tätigkeit durch öffentliche Unternehmen . . . . .	249
a) Parameter öffentlicher Unternehmen . . . . .	249
b) Zulässigkeit der Tätigkeitsaufnahme . . . . .	249
c) Tätigkeitsausübung . . . . .	255
3. Hoheitliche Beteiligungsverwaltung . . . . .	261
II. Die öffentliche Hand als Verbraucher . . . . .	261
1. Dimensionen und Bedeutung öffentlicher Aufträge . . . . .	262
2. Rechtsgrundlagen auf internationaler Ebene . . . . .	262
a) Anknüpfungspunkte im Weltwirtschaftsrecht . . . . .	262
b) Anknüpfungspunkte im Unionsrecht . . . . .	263
3. Nationales Vergaberechtsregime . . . . .	265
a) Oberhalb der Schwellenwerte . . . . .	265
b) Unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	270
c) Strafrechtlicher Flankenschutz . . . . .	271
4. Die Bedeutung der Grundfreiheiten . . . . .	271
<b>C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	<b>273</b>
<b>§ 25 Zur Bedeutung und Systematik von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben . . . . .</b>	<b>273</b>
I. Wirtschaftsverwaltungsaufgaben als Konkretisierung von Unions- und Verfassungsrecht . . . . .	273
II. Aufgaben- und Befugnisnormen . . . . .	273
III. Allgemeine und besondere Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	274
<b>§ 26 Wirtschaftliche Infrastruktur . . . . .</b>	<b>274</b>
I. Unions- und Staatsverantwortung für die wirtschaftliche Infrastruktur . . . . .	274
II. Wirtschaftsnahe institutionelle Infrastruktur . . . . .	275
III. Wirtschaftliche Infrastruktur als Gewährleistungs- und Regulierungsverantwortung . . . . .	276
IV. Das Recht der kritischen Infrastrukturen . . . . .	277
<b>§ 27 Wirtschaftsinformation . . . . .</b>	<b>278</b>
I. Wirtschaftsinformation als Eckpfeiler der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	278
II. Wirtschaftsinformation als Unions- und Staatsaufgabe . . . . .	279
III. Wirtschaftsinformationelle Eigenverantwortung . . . . .	279
1. Informationsrechte und Informationspflichten . . . . .	279
2. Marktirtschaftliche und selbstverwaltete Informationssysteme . . . . .	280
<b>§ 28 Wirtschaftsplanung . . . . .</b>	<b>280</b>
I. Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsplanung . . . . .	280
II. Erscheinungsformen der Wirtschaftsplanung . . . . .	281
III. Anforderungen an die Rechtmäßigkeit . . . . .	281
<b>§ 29 Wirtschaftsüberwachung . . . . .</b>	<b>282</b>
I. Bedeutung und Gegenstand der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	282
1. Wirtschaftsüberwachung als klassische Staatsfunktion . . . . .	282
2. Wirtschaftsüberwachung und Wettbewerb . . . . .	283

3.	Wirtschaftsüberwachung in Abgrenzung zu verwandten Instituten . . . . .	284
4.	Wirtschaftsüberwachung und Internationalisierung . . . . .	287
II.	Schutzgut und Eingriffsschwelle . . . . .	287
1.	Schutzgüter der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	288
a)	Einzelne Rechtsgüterschutztypen. . . . .	288
b)	Insbesondere Verbraucherschutz . . . . .	288
2.	Eingriffsschwellen der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	290
a)	Gefahrenbewältigung im Präventionsstaat . . . . .	290
b)	Gefahrenvorsorge im Präventionsstaat . . . . .	291
c)	Gefahrennachsorge im Präventionsstaat . . . . .	294
III.	Instrumente der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	294
1.	Aufnahmeyerwachung . . . . .	295
2.	Ausübungsüberwachung . . . . .	296
3.	Beendigungsüberwachung . . . . .	298
4.	Sanktionierung von Pflichtverletzungen . . . . .	298
IV.	Staatliche Wirtschaftsüberwachung und unternehmerische Eigenverantwortung . . . . .	299
1.	Wirtschaftsüberwachung und Kooperationsprinzip . . . . .	299
2.	Erledigung von Wirtschaftsüberwachungsaufgaben durch Private und die Selbstverwaltung . . . . .	300
a)	Zertifizierung und Umwelterklärung . . . . .	300
b)	Zur DIN/ISO- und Leitsätze-Normierung. . . . .	302
3.	Unternehmerische Eigenüberwachung und Selbstbeschränkung . . . . .	302
a)	Eigenüberwachung als Wettbewerbs- und Marketingfaktor. . . . .	302
b)	Eigenüberwachung zur Internalisierung von Umweltkosten . . . . .	303
c)	Selbstzertifizierung . . . . .	304
d)	Selbstbeschränkungsabkommen . . . . .	304
4.	Preis- und Mengenlösungen. . . . .	304
<b>§ 30 Wirtschaftslenkung . . . . .</b>		<b>305</b>
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftslenkung . . . . .	305
II.	Zur Typisierung der Lenkungsmaßnahmen . . . . .	306
III.	Sanktionierung von Verstößen . . . . .	307
<b>§ 31 Wirtschaftsförderung . . . . .</b>		<b>307</b>
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsförderung . . . . .	308
1.	Wirtschaftsförderung als Leistungs- und Verschonungsverwaltung. . . . .	308
2.	Wirtschaftsförderung als Risikoverwaltungsrecht. . . . .	309
3.	Wirtschaftsförderung und Compliance-Anforderungen . . . . .	309
4.	Wirtschaftsförderungskriminalität. . . . .	310
II.	Typisierung der Maßnahmen der Wirtschaftsförderung . . . . .	310
1.	Wirtschaftsförderung durch Leistungsgewährung . . . . .	310
2.	Wirtschaftsförderung durch Belastungsverschonung . . . . .	312
III.	Die ordnungs- und wirtschaftspolitischen Dimensionen der Wirtschaftsförderung . . . . .	313

IV.	Rechtliche Grundlagen der Wirtschaftsförderung . . . . .	314
1.	Wirtschaftsförderung durch Bund und Länder . . . . .	314
2.	Wirtschaftsförderung und Beihilferecht der Union . . . . .	315
a)	Zielsetzungen . . . . .	315
b)	Beihilfebegriff . . . . .	315
c)	Relevante Beihilfeaufsichtsvorschriften . . . . .	316
d)	Beihilfevoraussetzungen und Rechtsfolgen . . . . .	317
e)	Zulässige Beihilfen nach Art. 107 Abs. 2 und Abs. 3 AEUV	320
f)	Rechtsfolge . . . . .	321
3.	Rückabwicklung . . . . .	322
V.	Weltwirtschaftliche Subventionsregeln . . . . .	322
1.	Subventionsbegriff . . . . .	322
2.	Subventionsregime . . . . .	323
3.	Verfahrensregeln . . . . .	324
<b>§ 32 Außenwirtschaftsverwaltungshandeln</b>		324
I.	Ausfuhrhandeln . . . . .	324
1.	Rechtsgrundlagen . . . . .	324
2.	Zielsetzungen . . . . .	325
3.	Mechanismen . . . . .	326
a)	Verbote . . . . .	326
b)	Genehmigungsvorbehalt und Genehmigungsverfahren . . .	326
c)	Ausübungsvorschriften . . . . .	327
4.	Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverwaltungsrecht . . .	327
II.	Einfuhrhandeln . . . . .	328
III.	Investitionsschutz . . . . .	328
1.	Bundesrecht . . . . .	329
a)	Sektorspezifische Prüfung . . . . .	329
b)	Sektorübergreifende Prüfung . . . . .	329
2.	Unionsrecht . . . . .	329
IV.	Sanktionierung von Verstößen . . . . .	330
<b>D. Wirtschaftsverwaltungshandeln</b>		331
<b>§ 33 Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Wirtschaftsverwaltungshandeln</b>		331
I.	Grundsatz der Wahlfreiheit und Abgrenzung . . . . .	331
II.	Zweistufige Wirtschaftsverwaltungsrechtsverhältnisse . . .	332
<b>§ 34 Gebundenheit und Freiheit der Wirtschaftsverwaltung</b>		334
I.	Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum . .	334
II.	Ermessen der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	335
III.	Planungsermessen . . . . .	337
<b>§ 35 Wirtschaftsverwaltungsakte</b>		337
I.	Der Wirtschaftsverwaltungsakt im System der Handlungsformen . .	338
II.	Wirkung, Begriff und Bedeutung . . . . .	338
1.	Wirkweise der Verwaltungsakte . . . . .	338
2.	Merkmale des Verwaltungsaktes . . . . .	339
3.	Zur Einteilung der Wirtschaftsverwaltungsakte . . . . .	340
4.	Verwaltungsakte und Unionsrecht . . . . .	341

III.	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungen . . . . .	342
1.	Sach- und Personalgenehmigungen . . . . .	342
2.	Verwaltungsverfahren . . . . .	343
a)	Allgemeines Verwaltungsverfahren . . . . .	343
b)	Besondere Verwaltungsverfahren . . . . .	344
c)	Übergreifende Verfahrensgrundsätze . . . . .	345
3.	Prüfungsschema für die Rechtmäßigkeit von Wirtschaftsverwaltungsakten . . . . .	345
4.	Förmliche und gestufte Verfahren . . . . .	346
5.	Genehmigungspraxis und Anforderungen der Wirtschaft . . . . .	347
6.	Verfahrensbeschleunigung . . . . .	349
7.	Nebenbestimmungen . . . . .	351
8.	Grundregeln eines effektiven Genehmigungsmanagements . . . . .	352
9.	Zertifikate mit Verwaltungsaktcharakter . . . . .	353
IV.	Das Ende der Wirksamkeit von Wirtschaftsverwaltungsakten . . . . .	353
1.	Aufhebung . . . . .	353
a)	Rechtmäßige Verwaltungsakte . . . . .	353
b)	Rechtswidrige Verwaltungsakte . . . . .	354
c)	Fristen und Ermessen . . . . .	354
d)	Erstattung . . . . .	355
e)	Unionsrechtliche Überformung . . . . .	355
2.	Erlöschen . . . . .	355
<b>§ 36</b>	<b>Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verträge . . . . .</b>	355
I.	Kooperatives und konsensuales Wirtschaftsverwaltungshandeln . . . . .	356
II.	Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge . . . . .	356
III.	Rechtmäßigkeit von wirtschaftsvertraglichem Handeln . . . . .	357
IV.	Vollzug wirtschaftsvertraglichen Handelns . . . . .	358
V.	Unionsrechtliche Überformung . . . . .	358
<b>§ 37</b>	<b>Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen und schlichtes Wirtschaftsverwaltungshandeln . . . . .</b>	359
I.	Schllichtes Wirtschaftsverwaltungshandeln . . . . .	359
II.	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen . . . . .	360
<b>E.</b>	<b>Wirtschaftsverwaltungskontrolle . . . . .</b>	362
<b>§ 38</b>	<b>Die Kontrolle der Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	362
I.	Externe Kontrollverfahren . . . . .	362
1.	Förmliche Kontrollverfahren . . . . .	362
a)	Schutz subjektiv-öffentlicher Rechte . . . . .	362
b)	Facetten förmlicher Kontrollverfahren . . . . .	364
2.	Schlichtungsverfahren . . . . .	369
3.	Formlose Kontrollen . . . . .	369
II.	Interne Kontrollen . . . . .	370
1.	Selbstinitiierte Kontrolle . . . . .	370
2.	Staatsaufsicht . . . . .	370
III.	Beihilfenaufsicht . . . . .	370
<b>F.</b>	<b>Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	372
<b>§ 39</b>	<b>Staatliche, unionsrechtliche und internationale Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	372
I.	Träger- und Behördenvielfalt . . . . .	372

II.	Wirtschaftsverwaltung auf nationaler Ebene . . . . .	373
1.	Unmittelbare Wirtschaftsverwaltung. . . . .	373
a)	Bundesebene . . . . .	373
b)	Landesebene . . . . .	374
2.	Mittelbare Wirtschaftsverwaltung. . . . .	375
3.	Öffentliche Unternehmen . . . . .	375
III.	Wirtschaftsverwaltungsorganisation und EU . . . . .	375
IV.	Internationale Wirtschaftsverwaltungsorganisationen . . . . .	377
<b>§ 40</b>	<b>Wirtschaftsverwaltung durch Einschaltung Privater. . . . .</b>	378
I.	Beleihung . . . . .	378
II.	Verwaltungshelfer . . . . .	379
III.	Indienst- oder Inpflichtnahme . . . . .	379
IV.	Beauftragte und Akkreditierte. . . . .	380
V.	Konzessionäre. . . . .	381
<b>§ 41</b>	<b>Wirtschaftsverwaltung durch Privatisierung . . . . .</b>	381
I.	Formelle Privatisierung. . . . .	382
II.	Materielle und funktionale Privatisierung . . . . .	382
<b>§ 42</b>	<b>Kommunale Organisation der Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	383
<b>§ 43</b>	<b>Selbstverwaltung der Wirtschaft . . . . .</b>	384
I.	Selbstverwaltungsbegriff und Selbstverwaltungsidee . . . . .	385
1.	Kammern als Träger der funktionalen Selbstverwaltung . . . . .	385
2.	Zur Internationalisierung der Selbstverwaltungsidee . . . . .	386
II.	Abgrenzung von ähnlichen Erscheinungsformen . . . . .	386
III.	Wirkungskreis und Aufgabenbereich. . . . .	386
1.	Vom Hilfsorgan der Staatsregierung zum Servicecenter. . . . .	386
2.	Zum Ausbau der überwachungsrechtlichen Kompetenz. . . . .	388
3.	Dimensionen der Kammeraufgaben. . . . .	388
IV.	Zweck der Selbstverwaltung und Pflichtmitgliedschaft . . . . .	388
1.	Selbstverwaltungsmotive . . . . .	389
2.	Das besondere gewerbepolitische Mandat . . . . .	390
3.	Zur Pflichtmitgliedschaft für Binnenmarktdienstleister . . . . .	390
4.	Kammerzugehörigkeit. . . . .	391
V.	Organisationsstrukturen . . . . .	391
1.	Rechts- und Fachaufsicht . . . . .	391
2.	Beitragserhebung und -verwendung . . . . .	392
3.	Kammerorgane und Kammerwahlen . . . . .	392
4.	Einzelne Hoheitsrechte . . . . .	393
VI.	Erscheinungsformen . . . . .	394
1.	Organisationsformen des Handwerks . . . . .	394
a)	Handwerkskammern. . . . .	394
b)	Handwerksinnungen, Innungsverbände und Kreishandwerkerschaften . . . . .	396
2.	Organisation der Landwirtschaftskammern . . . . .	397
3.	Privatrechtliche Organisationsformen und Kooperation . . . . .	397
4.	Spitzenorganisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft . . . . .	397
VII.	Partizipation von Wirtschaftsverbänden an der Wirtschaftsverwaltung. . . . .	398
1.	Zum Status der Wirtschaftsverbände. . . . .	398
2.	Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Wirtschaftsverbände. . . . .	399

3.    Informelle Einflussnahmen und Staatsentlastung . . . . .	400
4.    Internationalisierung . . . . .	400
<b>§ 44 Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	<b>400</b>
I.    Allgemeine Grundsätze der Gebühren- und Beitragserhebung . . . . .	400
II.    Spezifika der Nutzerfinanzierung . . . . .	401
1.    Ausgangspunkt . . . . .	401
2.    Weiterungen . . . . .	402
3.    Ausgrenzungen . . . . .	403
III.    Finanzierung durch Inpflichtnahme privater Unternehmen . . . . .	403
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>405</b>